

Stadt Landau in der Pfalz

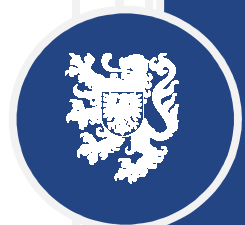


S t a d t v e r w a l t u n g

Bericht zur Pflegestrukturplanung

für die Stadt Landau in der Pfalz

Stand: September 2016



Inhalt

1	Einleitung.....	2
2	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	4
3	Handlungsempfehlungen	6
3.1	Stadtentwicklung, „Kommune der Zukunft“	6
3.2	Demenz.....	7
3.3	Infrastruktur	8
3.4	Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.....	9
3.5	Personalgewinnung	10
4	Aktualisierung des Datenreports.....	12
5	Datenreport	13

1 Einleitung

Das Landesgesetz zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur (LPflegeASG) sowie die zugehörige Landesverordnung (LPflegeASGDVO) regeln die gesetzliche Grundlage für die Erstellung der Pflegestrukturplanung.

Inhalt der Pflegestrukturplanung sollen demnach insbesondere folgende Punkte sein:

1. Ermittlung des vorhandenen Bestandes an Diensten und Einrichtungen,
2. Prüfung, ob ein qualitativ und quantitativ ausreichendes sowie wirtschaftliches Versorgungsangebot in den einzelnen Leistungsbereichen unter Berücksichtigung der Trägervielfalt zur Verfügung steht und
3. Entscheidungen über die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur (Maßnahmenkatalog).

Bei den Planungen sollen darüber hinaus die komplementären Hilfen im Vor- und Umfeld der Pflege, die Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements und die Entwicklung neuer Formen pflegerischer Angebote berücksichtigt werden.

Die Ermittlung des vorhandenen Bestandes an Diensten und Einrichtungen sowie die Prüfung, ob ein ausreichendes Versorgungsangebot vorhanden ist, wird im Rahmen des sogenannten Datenreportes vorgenommen. Dieser ist die wesentliche Grundlage für die Entscheidung über erforderliche Maßnahmen zur Sicherstellung der pflegerischen Angebotsstruktur.

Bei den Planungen sind allerdings auch Trends und Entwicklungen zu berücksichtigen, die sich in der Zukunft auf die pflegerische Angebotsstruktur auswirken können. Insbesondere die Bevölkerungsentwicklung und die Entwicklungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Versorgung sind dabei zu berücksichtigen.

Die aus dem Datenreport gewonnenen Erkenntnisse sind der wesentliche Bestandteil der Pflegestrukturplanung. Er analysiert die vorhandene Infrastruktur, schätzt die Bevölkerungsentwicklung ab und liefert so die Grundlage zur Planung von Bedarfen im Bereich der Pflege. Er zeigt außerdem Tendenzen und Handlungsbedarfe auf. Durch den Datenreport wird es möglich, bestehende Defizite zu erkennen und frühzeitig negativen Entwicklungen gegenzusteuern. Auf dieser Grundlage werden die Planungen / Handlungsempfehlungen entwickelt, die gemeinsam mit dem Datenreport die Pflegestrukturplanung ergeben.

Allerdings sind auch diesen Planungen Grenzen gesetzt. Diese ergeben sich zum einen aus den oftmals begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kommunen, zum anderen aber auch aus ihrem begrenzten Zuständigkeitsbereich.

2 Zusammenfassung der Ergebnisse

Der vorliegende Datenreport wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Sozialwissenschaften der Universität Koblenz – Landau und dem Sozialamt erstellt. Er gibt den Stand zum Dezember 2015 wieder.

Zum ersten Mal wurde zur Erhebung der Daten ein Fragebogen verwendet, der zwischen den Landkreisen Südliche Weinstraße und Germersheim und der Stadt Landau abgestimmt war. Auf diese Weise konnte den Befragten, die Träger von Heimen und Pflegediensten, das mehrfache Ausfüllen unterschiedlicher Fragebögen für die Datenreporte in den Landkreisen und der Stadt erspart werden.

Der Datenreport zeigt, dass die derzeit zur Verfügung stehende pflegerische Infrastruktur als ausreichend bezeichnet werden kann.

Erwartungsgemäß werden aber einige Handlungsfelder für die Zukunft aufgezeigt. Insbesondere die Infrastruktur innerhalb der Ortsteile, sowohl medizinisch als auch wirtschaftlich, stellt sich als schwierig dar. Wenn es älteren oder pflegebedürftigen Menschen ermöglicht werden soll, möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben und ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen, ist hier Handlungsbedarf gegeben. Dieser Handlungsbedarf zieht sich durch fast alle Bereiche des Lebens und betrifft zum Beispiel die medizinische Versorgung, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, den öffentlichen Personennahverkehr und insbesondere die Verfügbarkeit von altersgerechtem bzw. barrierefreien Wohnraum.

Auch die schwierige Arbeitsmarktsituation im Bereich der Pflege wird deutlich. Zum einen liegt das Durchschnittsalter der Beschäftigten bei fast 45

Jahren, zum anderen wird es von den Befragten durchweg als schwierig bezeichnet neue Fachkräfte zu gewinnen.

Die Gewinnung von Fachkräften wird zukünftig sicher nicht leichter, wenn aufgrund des demographischen Wandels eine noch größere Zahl an Fachkräften benötigt wird, und immer höhere Anforderungen an diese gestellt werden. Hier ist zum Beispiel an die kulturelle Vielfalt in der Pflege bzw. die kultursensible Pflege zu denken.

Ähnlich problematisch stellt sich die Altersstruktur der niedergelassenen Ärzte dar. Bereits jetzt sind ca. 80% der Allgemeinärzte und ca. 70% der Fachärzte mindestens 50 Jahre alt.

Aus kommunaler Sicht besteht auf die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen in der Pflege leider kein wesentlicher Einfluss. Die Stadt kann die Träger von Heimen und Pflegediensten aber bei Initiativen zur Personalgewinnung und Werbemaßnahmen für Pflegeberufe unterstützen. Gegebenenfalls wären auch Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung im Bereich der medizinischen Versorgung erforderlich, wie dies vereinzelt schon auf kommunaler Ebene praktiziert wird. Diese Maßnahmen (Überlassung von Räumlichkeiten, Finanzierung von Praxisausstattung, usw.) sind allerdings meist mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden.

3 Handlungsempfehlungen

Basierend auf dem vorliegenden Datenreport und den darin identifizierten Handlungsfeldern, sowie den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, sollte sich die Arbeit der Pflegestrukturplanung in den nächsten beiden Jahren insbesondere auf folgende Bereiche konzentrieren:

3.1 Stadtentwicklung, „Kommune der Zukunft“

Durch die geplante Ausweisung von neuen Bauflächen in den Ortsteilen und das Modellprojekt „Kommunen der Zukunft“ ergibt sich die Möglichkeit Flächen für neue Wohnformen vorzusehen und Projekte zum Beispiel im Bereich der Nachbarschaftshilfe anzustoßen.

Aus dem Blickwinkel der Pflegestrukturplanung sollten städtebauliche Konzepte vor allem die Schaffung von barrierefreiem bzw. seniorengerechtem Wohnraum in Kombination mit Angeboten der ambulanten Pflege beinhalten. Denn oftmals lässt auch die bauliche Situation den Verbleib von pflegebedürftigen Menschen in ihrer bisherigen Umgebung nicht zu.

Durch die Schaffung barrierefreien Wohnraums in den Ortsteilen könnten die Betroffenen zumindest in „ihrem Stadtteil“ und somit ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Durch die Einbeziehung von ambulanten Pflegediensten könnte der Wechsel in eine stationäre Einrichtung verhindert oder zumindest zeitlich hinausgezögert werden.

Um Maßnahmen in diesem Bereich zu entwickeln, sind neben der Schaffung der stadtplanerischen Vorgaben auch Bauträger und Pflegedienste zu gewinnen. Dies soll in enger Abstimmung mit dem Stadtbauamt und der Dorfentwicklungspartnerin geschehen.

Vorgesehen sind Informationsveranstaltungen und Workshops um Bauträger und Pflegedienste für diese Idee zu gewinnen, sowie Veranstaltungen in den Ortsteilen um Anbieter und Betroffene zusammenzubringen.

3.2 Demenz

Zu den Ursachen der Pflegebedürftigkeit der Betroffenen gibt der Datenreport keine Auskunft. Allerdings zeigt die Entwicklung, dass eine wesentliche Ursache die Zunahme von Demenzerkrankungen ist. Mit steigender Lebenserwartung wird auch die Zahl der davon Betroffenen steigen.

Zur Unterstützung der Erkrankten und deren Angehörigen, und zur Schaffung eines Bewusstseins für die mit Demenz verbundenen Herausforderungen, wurde in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Südliche Weinstraße das Forum Demenz gegründet. Die Zusammenarbeit der beiden Gebietskörperschaften hat sich in der Vergangenheit bewährt. Die rund 25 Mitglieder sind im Wesentlichen beruflich mit der Pflege, Versorgung und Beratung demenzkranker Menschen und ihrer Angehörigen betraut.

Im vergangenen Jahr wurde für das Forum Demenz ein Leitbild entwickelt. Dabei wurde festgelegt, zum einen an der bisherigen Arbeit festzuhalten, jedoch auch neue Projekte durchzuführen. Geplant sind unter anderem die

Durchführung eines 2. Fachtages im März 2017, die Aktualisierung des Demenzwegweisers, eine Schulung zur Qualifizierung der Mitglieder des Forums, und weitere Maßnahmen.

Aus der Leitbildentwicklung ist außerdem die Idee entstanden, Ärzten einen Flyer „Erstdiagnose“ zur Verfügung zu stellen, der Betroffenen eine erste Hilfestellung geben soll.

Weiteres Ergebnis bei der Entwicklung des Leitbildes waren Schulungen von Polizeibeamten und Busfahrern im Umgang mit dementiell Erkrankten, die bereits durchgeführt wurden.

Die Arbeit des Forum Demenz soll weiter gefördert und unterstützt werden.

3.3 Infrastruktur

Der Datenreport zeigt auf, dass insbesondere in manchen Ortsteilen die bestehende Infrastruktur nicht ausreichend ist um alle Bedürfnisse vor Ort zu erfüllen.

Die Versorgungseinrichtungen, zum Beispiel für Güter des täglichen Bedarfs oder die medizinischen Versorgung, konzentrieren sich immer mehr im Bereich der Kernstadt. Dies hat vor allem wirtschaftliche Gründe, weshalb ein Gegensteuern aus kommunaler Sicht nur schwer möglich ist.

Allerdings tragen solche Einrichtungen auch zur Attraktivität der Stadtteile bei, weshalb versucht werden sollte, dort wo es möglich ist, bestehende Angebote zu erhalten bzw. neue Angebote zu fördern.

Unter Umständen können Mängel in der vor Ort bestehenden Infrastruktur aber auch durch eine bessere Anbindung der betroffenen Gebiete mit öffentlichem Personennahverkehr behoben werden.

Die erforderlichen Maßnahmen / Möglichkeiten sind im Einzelfall, ggfls. auch im Rahmen des Modellprojektes „Kommunen der Zukunft“, zu betrachten.

3.4 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Die Erfahrungen in anderen Kommunen zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement, zum Beispiel im Rahmen der Nachbarschaftshilfe, erheblich dazu beitragen kann, dass ältere Menschen mit Unterstützung ihrer Nachbarn länger in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.

Auf diese Weise können zum Beispiel Defizite im öffentlichen Personennahverkehr oder der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ausgeglichen werden. In Kombination mit den Leistungen eines ambulanten Pflegedienstes kann dadurch der Wechsel in eine stationäre Pflegeeinrichtung unter Umständen vermieden oder hinausgezögert werden.

Die in diesem Bereich bereits begonnenen Maßnahmen sollen fortgeführt und intensiviert werden. Hierzu zählen insbesondere Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen und die Unterstützung von bereits begonnen Maßnahmen mit der Durchführung von Runden Tischen zum Austausch zwischen den ehrenamtlichen Helfern.

Die Verwaltung verspricht sich auch im Rahmen des Projekts „Gemeindeschwester plus“, Informationen über bestehende Bedarfe in diesem Bereich zu erhalten.

3.5 Personalgewinnung

Wie oben bereits erwähnt, stellt die Gewinnung von neuem Personal für Pflegedienste und Heime eine immer größer werdende Herausforderung dar.

Im Juli dieses Jahres wurde deshalb ein Workshop zur Steigerung der Ausbildungszahlen in den Pflegeberufen durchgeführt. Dieser Workshop war bereits die dritte Veranstaltung zum Thema Fachkräftesicherung, die gemeinsam von den Kreisen Südliche Weinstraße, Germersheim und der Stadt Landau organisiert wurde. Ziel dieser Veranstaltungen war insbesondere die Vernetzung der Akteure wie z. B. Arbeitgeber, Pflegeschulen, Arbeitsagentur und Kommunen.

Es wurden u. a. verschiedene Good-Practice Beispiele zur Gewinnung und Bindung von Auszubildenden vorgestellt. In Arbeitsgruppen wurde diskutiert, welche der aufgezeigten Beispiele auch für unsere Region denkbar wären, wie eine regionale Umsetzung aussehen könnte, und welche ersten Schritte gegangen werden müssten.

Unabhängig davon gilt es die Rahmenbedingungen der Stadt als attraktiven Wohn- und Lebensort so zu gestalten, dass Landau im Wettbewerb um Arbeitskräfte gut positioniert ist.

Dazu gehört die Versorgung mit Kinderbetreuungsangeboten ebenso wie die Schaffung von Wohnraum oder von Freizeit- und Bildungsangeboten in der Stadt.

Das Thema „Fachkräftesicherung“ sollte regelmäßig bei den regionalen Pflegekonferenzen aufgegriffen werden.

Workshops und Informationsveranstaltungen sollen auch weiterhin durchgeführt und die Vernetzung der relevanten Akteure gefördert werden.

4 Aktualisierung des Datenreports

Die Aktualisierung des Datenreports ist in regelmäßigen Abständen von zwei Jahren vorgesehen. Die nächste Aktualisierung würde somit im Herbst 2017 anstehen.

Aufgrund der aktuellen Datenbasis haben sich interessante Fragen ergeben, die mit den vorliegenden Daten nicht beantwortet werden können. Im Rahmen der nächsten Aktualisierung des Datenreportes sollten daher folgende Punkte näher betrachtet werden:

Es handelt sich dabei zum einen um Personen, die zwar pflegebedürftig sind, die aber insbesondere aufgrund ihres Alters (<60 Jahre), noch nicht in die Altersstruktur eines Pflegeheims passen. Die vorliegenden Daten lassen derzeit keinen Rückschluss darauf zu wie groß dieser Personenkreis tatsächlich ist, und ob hier spezielle Handlungsbedarfe gegeben sind. Bei der Aktualisierung des Datenreports sollten deshalb Daten hierzu erhoben werden.

Zum anderen sollte die Darstellung des Ist-Standes der Plätze in Pflegeheimen sowie der Altersstruktur in den Einrichtungen und innerhalb des Stadtgebietes, um eine Prognose ergänzt werden, die als Planungsgrundlage für zukünftige Bedarfe am stationären Plätzen und ambulanten Angeboten dienen kann.

5 Datenreport